

Am 2. 2.2016 berichtet SEMANA darüber, dass die FARC-Delegation in Havanna neben den offiziellen Verhandlungen auch politische Gespräche außerhalb der Tagesordnung führt:

Die FARC und die Linke, die anderen Gespräche in Havanna

Obwohl die Delegation der FARC in Havanna ihre Zeit dazu verwendet, den Prozess bis zur Unterschrift des Schlussabkommens mit der Regierung zu beschleunigen, denn der definitive Termin 23. März steht vor der Tür, fand sie von Freitag bis Samstag doch Zeit für eine Pause und eine Parallelagenda.

Mehrere führende Politiker der kolumbianischen Linken reisten auf die Insel, mit Autorisierung durch die Regierung. Abgeordnete wie Iván Cepeda, Alirio Uribe und Àlirio Uribe und Kommunalpolitiker wie Hollman Morris reisten mit einem Bestätigungsschreiben, unterzeichnet von Friedenskommissar Sergio Jaramillo, um sich zu treffen mit den Verhandlungsführern der FARC und dem Krieg ein Ende zu setzen, der ein halbes Jahrhundert andauert.

Es war nicht das erste Mal, dass sich die FARC mit führenden kolumbianischen Politikern traf. Tatsächlich waren Senatoren wie Iván Cepeda häufige Besucher in Havanna mit dem Ziel, möglichst viel einzubringen, damit der Friedensprozess an ein gutes Ende kommt. Aber das Treffen am letzten Wochenende war doch von besonderer Art. Zum ersten Mal unterbreiteten die Guerrillaführer Zukunftspläne für das politische Leben, einschließlich eines Szenarios für die Wahlen 2018.

Dass Führer der Linken und der FARC derartige Treffen abhalten, kann weder überraschen, noch darf man es skandalisieren. Beide Seiten haben ähnliche Wellenlängen, teilen manche Ideen, weisen aber einen substantziellen Unterschied auf, denn die einen entschieden sich für den Weg der Wahlen, die anderen jedoch für den der Waffen. Aber beide Seiten wissen, dass in der Zeit des Nachkonflikts nur der erste Weg gilt, und wenn sie dafür kämpfen wollen, die Veränderungen zu erreichen, die sie immer vorgeschlagen haben, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig als zusammenzuarbeiten.

Vielleicht ist es die wesentlichste Schlussfolgerung aus diesen Parallelgesprächen, dass FARC und Linke zu sprechen begannen von einem großen Zusammenschluss, einer breiten Front, diesem Herzenswunsch einer „Vereinigten Linken“, der nie erfüllt wurde.

Es gab mehrere Sitzungen. Die erste fand in El Laguito statt, diesem Viertel mit den großen Villen, erbaut in der Zeit von Diktator Fulgencio Batista und enteignet nach der Revolution in den 1960er Jahren. Ihre Eigentümer waren die Ersten, die nach Miami flohen, während Castros Leute sich dort unterhielten, und Ché Guevara Golf lernte, als er Minister war. Es ist der Ort, wo illustre Gäste untergebracht wurden wie die Päpste Johannes Paul II und Franziskus und wo Hugo Chávez und Nicolas Maduro Häuser besaßen. Andere Sitzungen hatten eher sozialen Charakter, in luxuriösen Restaurants der kubanischen Hauptstadt, wie jene, an der Gustavo Petro (bis 2015 Bürgermeister von Bogotá) teilnahm.

Bei dem Treffen in El Laguito gab es keine verbotenen Themen. Man sprach über Mechanismen der Bürgerbefragung, Möglichkeiten des Plebiszits, eine Verfassunggebende Versammlung und über die politische Beteiligung der FARC nach der Niederlegung der Waffen. Die Guerrilla war in den Verhandlungen immer so konzentriert, und dass sie in dieser anderen Umgebung direkt überschäumte war überraschend, so der Eindruck bei einigen der Teilnehmer.

Bezüglich einer Verfassunggebenden Versammlung lernte man neue Positionen kennen. Die anwesenden Mitglieder der FARC-Delegation ziehen in Betracht, diese könne auch nach dem von der Regierung gewünschten Referendum über das Abkommen gebildet werden. Auch erkennen sie an,

dass die Versammlung nicht eingesetzt werden solle, um alles zu ändern, wie das Establishment fürchtet, denn die FARC erkennt an, dass die geltende Verfassung wertvolle Bestimmungen enthält, die nicht angetastet werden sollten.

Aber sie denken schon daran, dass eine neue Verfassung die Chance bietet, „die Karten neu zu mischen“ und vor allem, Reformen des Wahlrechts und Garantien für die Opposition einzuführen, weil sie der Ansicht sind, dass sich die Politik in Kolumbien in ein lukratives Geschäft verwandelt habe.

Angesichts dieses Szenarios stimmten FARC und Linke überein, sofort müsse eine Kampagne zur Unterstützung des Friedensprozesses gestartet werden, indem man „das Volk in den Frieden einschließen“ müsse, wie es ein linker Politiker ausdrückte.

Hinsichtlich der politischen Beteiligung wurde davor gewarnt, eine übereilte Diskussion zu führen, die ja aber bereits begonnen hat. Entgegen vieler Hypothesen ließ sich die FARC auf keine Verknüpfung mit aktuellen Formationen der Linken ein (mehrere linke Parteien und Gruppen werden aufgezählt, A.d.Ü.). „Wenn man sie reden hört, dann wollen sie eine eigene politische Kraft bilden, aber sie sind auch sicher, dass sie allein nicht die Veränderungen erreichen können. Sie wissen, dass sie sich zusammenschließen müssen“, sagt eine Quelle.

Man sah auch, dass die FARC sich bewusst ist, dass es ihr völlig an Erfahrungen mit Wahlen fehlt und dass angesichts des Wahljahres 2018, in dem eine Regierung zu wählen ist, die die Friedensvereinbarung umzusetzen hat und auch noch ein Parlament oder eine Verfassungsgebende Versammlung zu wählen sein wird, es darum gehen wird, ihr schlechtes Image zu säubern, das sie im Krieg erworben hat.

Ein anderer Eindruck, den zumindest einige der Linken, die sich mit der FARC trafen, war der, dass die obersten Chefs der FARC trotz der Absicht, eine politische Kraft zu bilden, keine persönlichen Ambitionen haben, öffentliche Ämter anzustreben. Sie sagen, die Linke müsse sich erneuern und neue Plattformen müssten geschaffen werden.

Man kann sagen, diese Treffen hatten den Charakter von Sondierungsgesprächen. Es gibt keine feste Agenda, sondern nur die Vereinbarung, einen Dialog zu beginnen, der zu einer politischen Aktion führen soll. Es wird nicht das einzige Treffen bleiben. In den kommenden Wochen werden Clara López (Vorsitzende der linken Partei „Polo“, A.d.Ü.) und weitere Vertreter linker Gruppierungen in Havanna erwartet. Sicher ist, dass die FARC schon begonnen hat, Wege zu eruieren, um in die Politik einzusteigen.